

Das Geld zu früh verlangt

Nach dem Urteil im Rotlicht-Prozess: Streit um 40 000 Mark

Von unserem
Redaktionsmitglied
Johannes Götzen

40 000 Mark verlangt das Innenministerium von jenem Kriminalkommissar der Wormser Polizeidirektion zurück, der im August wegen Bestechlichkeit zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war. Doch jetzt entschied das Verwaltungsgericht: Dazu ist es noch zu früh, denn das Urteil ist bislang noch gar nicht rechtskräftig.

Laut Verwaltungsvorschrift des Landes kann ein Landesbediensteter, gegen den ein Strafverfahren eingeleitet wird, ein Darlehen vom Dienstherrn erhalten, um seine Anwaltskosten zu begleichen. So war es auch hier geschehen, nachdem dem ehemaligen Leiter der „Sitte“ vorgeworfen

wurde, von Bordellbetreibern Geld genommen zu haben. Im Mai, noch vor dem Urteil, musste der Kommissar in Untersuchungshaft, weil er Zeugen beeinflusst haben soll. Zu diesem Zeitpunkt forderte der Dienstherr die 40 000 Mark zurück und ordnete sogar sofortige Vollziehung an. Begründung: Die zu erwartende Verurteilung des Kommissars und seine damit bevorstehende Entlassung aus dem Beamtenverhältnis ließen befürchten, dass er das Darlehen nicht mehr zurückzahlen könne.

Dagegen wiederum ging der 47-jährige Wormser vor - mit Erfolg. Das Verwaltungsgericht erklärte jetzt, die Rückforderung des Geldes sei nicht rechtmäßig. „Bis zur Rechtskraft des Strafurteils muss auch der Dienstherr in Ansehen des Rechtsstaatsprinzips von der

Unschuld des Beamten ausgehen“, erklärte das Gericht in deutlichen Worten. Nur im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung sei der Beamte nach den einschlägigen Bestimmungen der Verwaltungsvorschrift zu einer Rückzahlung des Darlehens verpflichtet.

Rechtskräftig ist das Urteil

- Anzeige -

www.city-optik-worms.de

der 5. Strafkammer des Landgerichtes Mainz jedoch noch nicht. Der 47-jährige ist in Revision gegangen, das Verfahren kommt damit in die nächste Instanz zum Bundesgerichtshof. Vorerst wird das Land also auf die 40 000 Mark verzichten müssen.